

Juli 2020

Stellungnahme

zur öffentlichen Konsultation der Europäischen Kommission zur neuen Strategie für ein nachhaltiges Finanzwesen

Der VKS – Verband der Kali- und Salzindustrie e.V. (EU-Transparenznummer 85717948337-22) vertritt die Interessen der deutschen Kali- und Salzhersteller. Die Branche zählt zu den weltweit führenden Anbietern von unverzichtbaren Kali- und Salzprodukten für Lebens- und Futtermittel, Düngemittel, Pharma, Medizin, Chemie, Auftausalz und Gewerbe.

Der VKS erachtet „Sustainable Finance“ als ein bedeutendes Thema für die künftige Entwicklung der Kali- und Salzindustrie und begrüßt daher die Möglichkeit, im Rahmen der öffentlichen Konsultation der Europäischen Kommission zur künftigen EU Sustainable Finance-Strategie Stellung nehmen zu können.

Essentielle Produkte: systemrelevante wirtschaftliche Tätigkeiten einbeziehen

Die Europäische Kommission hebt in ihrer Konsultation hervor, dass die aktuelle COVID-19-Pandemie besonders deutlich macht, wie wichtig es ist, die Nachhaltigkeit und Widerstandsfähigkeit der Gesellschaft und Volkswirtschaft zu stärken, um solchen Notsituationen standzuhalten und ähnliche Gesundheitskrisen künftig zu minimieren.

Die deutsche Kali- und Salzindustrie produziert Kali- und Natriumsalze, die für die Versorgung der Bevölkerung in den Bereichen Medizin, Pharma, Lebensmittelproduktion, Futtermittel und Landwirtschaft unverzichtbar sind.

Unter anderem handelt es sich dabei um:

- Hochreine Pharmasalze für die Medizin für Dialyse und Infusionen,
- Kaliumsalze für die Herstellung von Arzneimitteln,
- Salze für die Herstellung von Desinfektionsmaterialien, Seifen und Hypolaugen,
- Speisesalz für die Lebensmittelproduktion,
- Salze für Futtermittel und Tierernährung,
- Kaliumdüngemittel für die landwirtschaftliche Produktion.

Die Branche produziert in Deutschland an 14 Bergwerksstandorten und zählt weltweit zu den Top-5-Anbietern in diesem Bereich. Die Herstellung von Kali- und Salzprodukten zur lebensnotwendigen Versorgung der Bevölkerung wurde im Zuge der COVID-19-Pandemie als systemrelevant eingestuft. Die Branche ist sich ihrer besonderen Verantwortung bewusst und konnte bislang die Produktion unter den in der aktuellen Situation erschwerten Bedingungen und unter zusätzlichen Sicherheits- und

Schutzmaßnahmen mit großem Einsatz der rund 15.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiter gewährleisten.

Da die Herstellung und Versorgung von essentiellen Produkten bzw. die Funktionsfähigkeit systemrelevanter Branchen von herausragender Bedeutung für die Nachhaltigkeit und Resilienz in Europa sind, sollten diese wirtschaftlichen Tätigkeiten auch im Rahmen von Sustainable Finance eine besondere Berücksichtigung finden. Insbesondere muss sichergestellt werden, dass die derzeitige und künftige Ausgestaltung der EU Sustainable Finance-Strategie nicht zu Finanzierungsnachteilen für systemrelevante wirtschaftliche Tätigkeiten führt.

„Enabler“ für nachhaltige Entwicklung unbürokratisch anerkennen

Die Kali- und Salzindustrie trägt mit ihren Produkten ganz erheblich zu einer weltweit nachhaltigen Entwicklung bei. Die derzeitige Ausgestaltung der Taxonomie im Rahmen der Sustainable Finance-Gesetzgebung zielt insbesondere auf die Nachhaltigkeit im Produktionsprozess ab. Der Sinnhaftigkeit von Produkten selbst bzw. deren Beitrag für eine nachhaltige Entwicklung wird bislang noch nicht ausreichend berücksichtigt und sollte künftig stärker anerkannt werden.

So sind beispielsweise Kalidünger und Salz unverzichtbar für die Versorgung der Weltbevölkerung mit Lebens- und Futtermitteln. Die bedarfsgerechte Kalidüngung führt zu höheren Erträgen in der Landwirtschaft, mehr Ertrag und damit weltweit zu weniger Flächenverbrauch und weniger Rodung von Wäldern für landwirtschaftliche Flächen. In zahlreichen Regionen der Welt leiden die Böden unter einem Kalimangel, das heißt: Kali ist unverzichtbar und muss durch Düngung dem Boden zugefügt werden. Kali verbessert dabei auch erheblich die Wassernutzungseffizienz der Pflanze. Kalidünger leistet einen wichtigen Beitrag, damit die Landwirtschaft sich besser auf die Veränderungen durch den Klimawandel einstellen kann und widerstandsfähiger gegenüber zunehmenden Trockenperioden und in Wassermangelgebieten wird.

Die Kali- und Salzindustrie trägt damit zur Verwirklichung der UN Sustainable Development Goals bei. Dies sollte aus Sicht des VKS künftig auch im Rahmen der EU Sustainable Finance-Gesetzgebung positiv anerkannt werden können.

Es erscheint aufgrund der jeweils sehr unterschiedlichen Branchensituationen empfehlenswert, den Nachweis, dass eine wirtschaftliche Tätigkeit als „Enabler“ für andere nachhaltige Tätigkeiten eingestuft werden kann, möglichst flexibel anhand qualitativer Kriterien erbringen zu können.

Level Playing Field schaffen – Engagement im internationalen Vergleich würdigen

Die Kali- und Salzindustrie steht in einem intensiven internationalen Wettbewerb. So wird beispielsweise der globale Kalimarkt durch wenige Anbieter aus Russland, Weißrussland, Kanada, China und Europa (Deutschland, Spanien) bestimmt. Finanzmarktakteure betrachten daher die Branche typischerweise aus einer globalen Perspektive.

Europa verfügt dabei über die höchsten gesetzlichen und branchenspezifischen Standards im Bereich Klima-, Umwelt-, Natur-, Luft-, Biodiversitäts- und Gewässerschutz, Kreislaufwirtschaft sowie Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz.

Bei der Ausarbeitung technischer Nachhaltigkeitskriterien für die EU-Taxonomie sollte daher zum Ausdruck kommen, dass die betriebliche Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben und Branchenstandards in Deutschland und der EU bereits sehr stark auf Nachhaltigkeitsaspekte

ausgerichtet ist und somit insbesondere im Vergleich zu außereuropäischen Tätigkeiten einen wesentlichen Beitrag für eine nachhaltige Entwicklung leisten kann.

Zu beachten ist zudem, dass die auf den EU-Raum bezogene EU Sustainable Finance-Gesetzgebung nicht zu restriktiveren Nachhaltigkeitskriterien im Bereich der Finanzierung führt als außerhalb der EU gelten, und somit europäische Anbieter restriktiveren Finanzierungsmöglichkeiten unterliegen als ihre außereuropäischen Wettbewerber.

Nachhaltigkeit ganzheitlich betrachten

Die EU-Taxonomie-Verordnung sowie die bisherigen Arbeiten der Technical Expert Group (TEG) legen ihren Schwerpunkt bislang auf klimabezogene Nachhaltigkeitsaspekte. In der weiteren Ausgestaltung des EU-Regelwerks ist daher dringend darauf zu achten, dass die Nachhaltigkeit von wirtschaftlichen Tätigkeiten ganzheitlich betrachtet wird und neben ökologischen auch soziale und ökonomische Belange in die Betrachtung eingehen.

Taxonomie auf Positiv-Liste beschränkt halten

Mit der EU-Taxonomie wird eine Liste nachhaltiger Tätigkeiten geschaffen, die den Finanzsektor darin unterstützt, nachhaltige Investitionen zu tätigen. Neben einer solchen Positiv- oder Green-Liste wurde auch die Frage nach einem sogenannten Brown-Listing aufgeworfen. Damit ist gemeint, dass neben besonders nachhaltigen Tätigkeiten auch Tätigkeiten, die die Nachhaltigkeitsvorgaben der EU-Taxonomie nicht erfüllen, besonders gelistet werden. Dies ist abzulehnen. Zum einen definiert die EU-Taxonomie nicht per se Tätigkeiten als nachhaltig oder nicht, sondern definiert für die jeweiligen Tätigkeiten Kriterien und Schwellenwerte, die es zu erfüllen gilt, um als nachhaltig im Sinne der Verordnung zu gelten. Zum anderen dient die Taxonomie dem Finanzsektor zur Unterstützung von Investitionsentscheidungen in nachhaltige Tätigkeiten; ein Unterbinden oder systematisches Beeinträchtigen von Investitionen in andere Tätigkeiten ist in der EU-Sustainable Finance-Gesetzgebung nicht angelegt, so dass ein Brown-Listing keinen Anwendungsbezug hätte und daher zu unterlassen ist.

Technische Kriterien für die Taxonomie praxistauglich ausgestalten

Die bisherigen Vorschläge der Technical Expert Group für die technischen Kriterien zu „Klimaschutz“ und „Anpassung an den Klimawandel“ sind zum Teil für die praktische Anwendung nicht geeignet. So entspricht die gewählte NACE-Code-Klassifikation nicht immer den tatsächlichen Branchenzuschnitten und zudem wurden Kriterien so ambitioniert festgelegt, z.B. durch Verwendung von ETS-Benchmarks, dass sie in Zukunft von den betroffenen Branchen praktisch nicht zu erfüllen wären.

Grundlage für die Erfüllung der „Do no significant harm (DNSH)“-Kriterien sollte die Einhaltung der ambitionierten europäischen Gesetzesvorgaben im Bereich Umwelt, Energie und Klima wie z.B. die EU-Wasserrahmenrichtlinie sein. Insbesondere ist mit Bezug auf Artikel 17 c) der Taxonomie-Verordnung festzustellen, dass das in der Wasserrahmenrichtlinie vorgesehene, zulässige und begründete Abweichen bzw. Nichterreichen des guten Gewässerzustands keine Schädigung darstellt; somit ist bei Abweichung vom guten Gewässerzustand im Sinne der EU-Wasserrahmenrichtlinie das DNSH-Kriterium als ausreichend erfüllt anzuerkennen.

Technische Kriterien für Bergbauaktivitäten entwickeln

Kali und Salz wird in Deutschland bergmännisch gewonnen. Bislang wurden auf EU-Ebene noch keine technischen Kriterien im Rahmen der Taxonomie-Verordnung für den Bergbau (Metalle und Minerale) vorgeschlagen. Die Technical Expert Group (TEG) stellt in ihrem Abschlussbericht fest, dass hierfür im Rahmen ihres Mandats die Zeit nicht ausreichend war und empfiehlt, dass von der künftigen EU Sustainable Finance Platform entsprechende technische Kriterien für den Bergbau erarbeitet werden. Die VKS begrüßt dies und ist bereit, bei Bedarf die notwendige Fachexpertise den zuständigen Gremien zur Verfügung zu stellen.

Die heimische Rohstoffgewinnung stellt den Anfang von unverzichtbaren und strategischen Wertschöpfungsketten in Europa dar. Es ist daher im Interesse der Gesellschaft und nachgelagerter Branchen, dass die heimische Rohstoffgewinnung mit ihrem vielfältigen Nachhaltigkeitsengagement eine Berücksichtigung in der Taxonomie findet und ihr entsprechende Möglichkeiten der nachhaltigen Finanzierung eröffnet werden.

Bergbau in der Sustainable Finance Platform berücksichtigen

Der VKS begrüßt die Einrichtung einer Sustainable Finance Platform. Die Arbeit der TEG hat gezeigt, dass eine stärkere Einbindung von Industrieexperten in die Ausarbeitung der technischen Nachhaltigkeitskriterien notwendig ist. Der VKS empfiehlt daher, mindestens ein Drittel der Sitze in der Sustainable Finance Platform mit Industrieexperten zu besetzen, wovon mindestens ein Vertreter der Branche Bergbau (Metalle und Minerale) zuzuordnen ist.

Berichterstattung darf nicht zu neuen Belastungen führen

Im Zuge der Trilogverhandlungen zwischen Parlament, Kommission und Rat zur Taxonomie-Verordnung wurde eine Berichterstattungspflicht für nichtfinanzielle (kapitalmarktorientierte) Unternehmen beschlossen. Die Umsetzung dieser Berichterstattungspflicht bringt für die betroffenen Unternehmen einige Herausforderungen mit sich.

So ist noch zu klären, wie diese Berichterstattungspflicht in Einklang mit bereits bestehenden Nachhaltigkeitsberichterstattungssystemen gebracht werden kann und zu welchen Mehraufwendungen diese für die Unternehmen führt. Zum Teil müssen Daten erfasst und aufbereitet werden, die in den Unternehmen nicht ohne weiteres vorliegen. Zudem sieht die Taxonomie-Verordnung vor, dass die Berichterstattungspflicht bereits ab 2022 gilt. Dies würde unter anderem für die Kali- und Salzindustrie/Bergbaubranche die Schwierigkeit mit sich bringen, dass bis dahin noch keine – bzw. noch nicht mit ausreichendem zeitlichem Vorlauf – technische Kriterien für die Nachhaltigkeitsziele der Taxonomie-Verordnung beschlossen wurden, um diese abprüfen und darüber berichten zu können. Der VKS empfiehlt daher, die Berichterstattungspflicht erst nach Beschlussfassung aller technischen Nachhaltigkeitskriterien und mit ausreichender Vorbereitungszeit anzuwenden.

Grundsätzlich sind die Vorgaben der Taxonomie-Verordnung zur Berichterstattung nicht geeignet, um umfassend das Nachhaltigkeitsengagement eines Unternehmens abzubilden, da lediglich über den Anteil an nachhaltigen wirtschaftlichen Tätigkeiten eines Unternehmens zu berichten ist und somit das häufig sehr vielfältige Engagement und Wechselwirkungen im Bereich der Nachhaltigkeit nicht abgebildet werden.

Anwendungsbereich der Taxonomie-Verordnung auf Sustainable Finance beschränken

Mit der Taxonomie-Verordnung werden technische Kriterien für die Nachhaltigkeit von wirtschaftlichen Tätigkeiten zur Anwendung durch den Finanzsektor erarbeitet. Die Anwendung dieser technischen Kriterien sollte auf den Anwendungsbereich von Sustainable Finance beschränkt bleiben, da für andere Anwendungs- und Politikbereiche anderweitige, umfangreiche branchen- bzw. wertschöpfungskettenspezifische Nachhaltigkeitsregelwerke bereits bestehen oder geeigneter wären (z.B. EU-Ökoverordnung hinsichtlich Produktionsstandards und Verbraucherkommunikation).

Wirkungsweise der EU-Taxonomie ungewiss – Testphase notwendig

Mit der EU Sustainable Finance-Gesetzgebung sollen künftig erhebliche Finanzströme generiert und umverteilt werden. Aufgrund der Komplexität der Finanzmärkte und der vielfältigen Verflechtung mit der Realwirtschaft ist die Wirkungsweise der EU Sustainable Finance-Gesetzgebung auf einzelne Branchen oder einzelne Unternehmen nur eingeschränkt vorherzusagen. Vor dem Hintergrund der aktuellen COVID-19-Krise und den damit verbundenen – zum Teil noch nicht absehbaren – Folgen für die Finanzkraft der Unternehmen, sollte die Umsetzung und Anwendung der Sustainable Finance-Vorgaben entsprechend angepasst werden, z.B. durch das Vorschalten einer Testphase oder freiwillige Anwendung. Darüber hinaus ist es notwendig, dass die Sustainable Finance-Gesetzgebung flexibel ausgestaltet wird, dass bei Fehlentwicklungen schnell nachgesteuert werden kann.

Kontakt:

Verband der Kali- und Salzindustrie e.V.
Büro Brüssel, Rue Marie de Bourgogne 58, B-1000 Brüssel
Tel: +32 2-290 89 85, Fax: +32 2-290 89 74
tobias.andres@vks-kalisalz.de, www.vks-kalisalz.de